



Stadt Niederkassel

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Auszug aus der Sitzung vom:	Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	Niederschrift zur Sitzung 13.02.2019
------------------------------------	--	---

4. Vorberatung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes der Stadt Niederkassel für die Haushaltsjahre 2019/2020 sowie der Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2019/2020 Vorlage: 2016/2014-2020

Dem Ausschuss lag folgender Sachverhalt zur Beratung und Beschlussfassung vor:

Sachverhalt:

„Der in der Ratssitzung am 12.12.2018 eingebrachte Verwaltungsentwurf für die Haushaltsjahre 2019/2020 ist einstimmig zur Vorberatung an den Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss verwiesen worden.“

Eine Auflistung der eingetretenen Veränderungen gegenüber dem im Rat eingebrachten Haushaltsentwurf ist als Anlage beigefügt (Anlage 1).

Hinsichtlich der Stellenpläne für die Jahre 2019/2020 ergeben sich folgende Änderungen im Beamtenbereich:

- A 9 = ./ 1 Stelle
- A 10 = + 1 Stelle

Der aktualisierte Stellenplan ist als Anlage 2 beigefügt.

Außerdem sind Erläuterungen zu den Stellenplänen (Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr) dargestellt (Anlage 3).“

Ausschussmitglied Kitz (CDU) erklärt, dass die CDU-Fraktion in der Klausurtagung am 02.02.2019 ausführlich beraten habe. Änderungsvorschläge hat die CDU nicht. Allerdings spricht er vier Punkte an. Im Einzelnen:

- Es sei geplant gewesen, dass die Friedhofscommission nach Karneval eingeladen werde. Er bittet um Mitteilung, ob es hierbei bleibt.
- Die Fassade und die Fenster des Kopernikus-Gymnasiums sind bereits seit etlichen Jahren sanierungsbedürftig. Er bittet darum, dass sich die Verwaltung kurz- bis mittelfristig dieses Problems annimmt.
- Bereits im Frühjahr 2016 wurde besprochen, wie es sein kann, dass die



Stadt Niederkassel

Kosten für die geduldeten Flüchtlinge bei der Stadt verbleiben obwohl diese keinen Einfluss auf das Verfahren und die damit einhergehenden Statusänderungen (Duldungen) bei den Flüchtlingen haben. Soweit ihm bekannt ist, hätten 2016 sowohl die Bürgermeister als auch die Kämmerer das Innenministerium in dieser Angelegenheit angeschrieben. Geändert hat sich nichts, im Gegenteil, nunmehr ist geplant ggf. weitere Kosten auf die Kommunen zu verlagern.

- Der Förderverein Promusica fördert, so wie er es sieht, nicht mehr die Bläsergruppe Jugendmusikschule. Werden die Kosten künftig in voller Höhe von der Stadt getragen obwohl dies anders vereinbart war?

Bürgermeister Vehreschild (CDU) erklärt, dass er die von Ausschussmitglied Kitz angesprochenen Punkte zurückstellt bis die übrigen Fraktionen sich ebenfalls zum Haushalt geäußert haben.

Ausschussmitglied Reusch (SPD) erklärt, dass ihm die drastische Erhöhung der Pensionsrückstellungen aufgefallen ist. Begrüßenswert ist die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements. Die Spielvereinigung Lülldorf/Ranzel hat ihm eine Mängelliste zu den Turnhallen in Lülldorf übergeben. Er bittet um Mitteilung, ob diese Liste in der Verwaltung bekannt ist. Herr Erster Beigeordneter Esch erklärt, dass die Liste in der vergangenen Woche eingegangen ist. Es ist nach seiner Auffassung eine sehr einseitige Darstellung. Die Liste wird bei einem gemeinsamen Termin besprochen und dann wird entschieden was im Einzelnen veranlasst werden muss.

Ausschussmitglied Reusch (SPD) erklärt, dass er bereits in den Haushaltsgesprächen mit Herrn Stadtkämmerer Steeg darauf hingewiesen hat, dass es auf Seite 208 im Entwurf des Haushaltes Dreifach- und nicht Zweifach-Sporthalle heißen muss. Der Entwurf des Haushaltes weist einen Rückgang bei den Baugenehmigungsgebühren aus. Ausschussmitglied Reusch (SPD) bittet um Mitteilung worauf dieser Rückgang zurückzuführen ist. Erster Beigeordneter Esch erklärt, dass die Höhe der Baugenehmigungsgebühren vorsichtig geschätzt sind. In den letzten Jahren sind neue Baugebiete erschlossen worden, die zu hohen Einnahmen aus Baugenehmigungsgebühren geführt haben. Dies ist für die Zukunft nicht zu erwarten. Stadtkämmerer Steeg weist darauf hin, dass bereits in 2018 Mindererträge bei den Baugenehmigungsgebühren entstanden sind.

Ausschussmitglied Reusch (SPD) erklärt, dass im Haushalt 25.000 € für die Sanierung eines Wirtschaftsweges in Lülldorf veranschlagt worden sind. Ihm ist dieser Weg bekannt und er fragt sich aus welchen Gründen hier eine Sanierung erforderlich ist. Nach seiner Auffassung kann dieser Betrag eingespart werden. Erster Beigeordneter Esch erläutert, dass die Stadt Niederkassel durch die Naturschutzbehörde verpflichtet ist, den Weg in Ordnung zu halten.

Herr Reusch gibt an, dass er im Stellenplan gesehen hat, dass im Bereich der Entgeltgruppe S als Zahl der besetzten Stellen 232 angegeben wird. Im



Stadt Niederkassel

Stellenplan für 2019 sind 237 Stellen ausgewiesen. Dies bedeutet 5 zusätzliche Stellen und stimmt nicht mit der Aussage, dass im Bereich der Kindertagesstätten über 20 Stellen nicht besetzt sind überein.

Bürgermeister Vehreschild (CDU) erklärt, dass die Aussage, dass 232 Stellen besetzt sind nicht besagt, dass die Stellen tatsächlich besetzt sind. Durch Krankheit, Erziehungsurlaub und Mutterschutz sind die Stellen nicht besetzt. Die ausgewiesenen 5 neuen Stellen sind lediglich der zusätzliche Stellenbedarf nach Kibiz.

Ausschussmitglied Reusch (SPD) bittet um Mitteilung, ob die zu erwartenden Einsparungen bei den Personalaufwendungen durch die nicht besetzten Stellen bei der Haushaltsplanung durch pauschale Kürzungen berücksichtigt werden. Stadtkämmerer Steeg bestätigt dieses.

Ausschussmitglied Reusch (SPD) erklärt, dass nach seiner Auffassung das Personalmanagement in der Verwaltung mit zu wenig Engagement betrieben wird, die Stellenanzeigen in den Zeitungen sind lustlos. Hier muss nachgearbeitet werden. Dies ist auch ein Ansatz für die im Jugendhilfeausschuss geforderte zusätzliche Stelle im Personalmanagement für die Betreuung des Personals im Bereich der Kindertageseinrichtungen. Die Personalkosten in diesem Bereich sind in den letzten 10 Jahren stark gestiegen, im Bereich des Personalmanagements hat es lediglich moderate Personalkostensteigerungen gegeben. Dies ist für ihn ein Indiz, dass dort aufgrund des stark gestiegenen Personals in den Kindertagesstätten ebenfalls ein personeller Mehrbedarf besteht. Die neuen Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Jugend müssen bereits bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit auf die bestehenden Probleme hingewiesen werden.

Bürgermeister Vehreschild (CDU) erklärt, dass er bei einer gestern stattgefundenen Kollegenkonferenz festgestellt hat, dass die Stadt Niederkassel eine der wenigen Kommunen ist, die im Bereich der Kinderbetreuung Betreuungszeiten von mehr als 45 Stunden wöchentlich angeboten hat. Andere Kommunen sind noch nicht einmal in der Lage, die für die Kinderbetreuung erforderlichen Plätze anzubieten. Die Stadt Niederkassel ist hierzu in der Lage.

Bürgermeister Vehreschild (CDU) weist darauf hin, dass Personaleinsparungen über Jahre hinweg von allen Fraktionen im Rat gefordert wurde. Der Fachbereich 1 erhält eine personelle Verstärkung. Die Stelle ist bereits ausgeschrieben, die Bewerbungsfrist abgelaufen. Daher ist in Kürze damit zu rechnen, dass die Stelle besetzt wird.

Ausschussmitglied Reusch (SPD) betont, dass er seine Ausführungen nicht als Vorwurf an die Mitarbeiter verstanden haben möchte, aber es muss jetzt etwas geschehen. Die Verwaltung muss prüfen, wie man Stellen attraktiver gestalten kann.



Stadt Niederkassel

Ausschussmitglied Kitz (CDU) erklärt, dass er im Zusammenhang mit der Sitzung des Jugendhilfeausschusses das Gespräch mit einigen betroffenen Eltern gesucht hat. Er hat den Eindruck, dass diese die Rücknahme der Betreuungszeit um 4 Stunden in der Woche nicht so problematisch sehen wie das in den Zeitungen und den sozialen Medien dargestellt wird. Im Übrigen haben die Kindertageseinrichtungen bereits 2018 darauf hingewiesen, dass die Betreuungszeit von 49 Stunden zu erheblichen personellen Problemen führt. Das Problem der nicht zu besetzenden Stellen ist kein Problem der Stadt Niederkassel alleine, sondern ein landesweites Problem. Mit einer Betreuungsquote von 100 % bei den Kindern über drei Jahren und 70 % bei den Kindern unter drei Jahren hat die Stadt Niederkassel ein sehr hohes Niveau erreicht.

Ausschussmitglied Frau Wickel (FDP) bedankt sich beim Stadtkämmerer Steeg für die Erläuterungen zum Haushalt, die er anlässlich der Haushaltsberatungen in der Fraktion gegeben hat. Fragen zum Haushalt hat sie nicht.

Ausschussmitglied Essig (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich ebenfalls bei Stadtkämmerer Steeg für seine Teilnahme an den Haushaltsberatungen der Fraktion. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat keine Änderungsvorschläge und wird dem Haushalt zustimmen.

Beratendes Ausschussmitglied Neubert (AfD) bittet um Mitteilung aus welchen Gründen die Integrationspauschale um 500.000 € gegenüber 2018 ansteigt, welche Kosten darunter fallen und warum ab 2020 keine Integrationspauschale mehr veranschlagt ist. Stadtkämmerer Steeg erklärt, dass die Integrationspauschale für sämtliche Integrationsmaßnahmen, wie z. B. Integrationsmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen und Sprachkurse, eingesetzt wird.

Der Bund gewährt den Ländern zur Integration der Flüchtlinge im Haushaltsjahr 2019 2 Mrd. €. Davon entfallen auf das Land NRW 433 Mio. €. In 2018 hat das Land NRW die Integrationspauschale mit einem Betrag in Höhe von 100 Mio. € an die Kommunen weitergeleitet. In diesem Jahr leitet das Land NRW die Bundesmittel in zu 100 % weiter. Für 2020 gibt es bisher noch keine Finanzierungszusage des Bundes. Nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht ist diese nicht bereit, Veranschlagungen der Integrationspauschale über 2019 hinaus wegen der fehlenden Finanzierungszusage zu akzeptieren. Daher erfolgt ab 2020 keine Veranschlagung mehr.

Ausschussmitglied Frau Schlüter (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass sie die Entfristung der Stelle der Integrationsbeauftragten ausdrücklich begrüßt. Allerdings hält sie die Bereitstellung von 3.000 € für die Umsetzung des Integrationskonzeptes für viel zu niedrig. Bürgermeister Vehreschild (CDU) erläutert, dass die Kosten der Integration an vielen verschiedenen Stellen im Haushalt ausgewiesen ist, z. B. im Bereich der Jugendhilfe oder im Bereich der Sozialleistungen. Die veranschlagten 3.000 € sind für den Integrationsrat bereitgestellt.



Stadt Niederkassel

Ausschussmitglied Professor Immer (SPD) erklärt zu den Ausführungen des Ausschussmitgliedes Kitz (CDU), dass der Förderverein Promusica bei seiner Gründung beschlossen hat, die Kosten der Leitung des Blasorchesters zu übernehmen. Die Kosten sind von anfangs 2.000 € auf zuletzt 2.800 € gestiegen. Das Blasorchester wird weiterhin mit einem Betrag von 2.000 € unterstützt. Darüber hinaus fördert der Förderverein Promusica das Inklusionsprojekt „Nicht ohne uns“ mit 600 €.

Zu den weiteren von Ausschussmitglied Kitz aufgeworfenen Punkten erläutert Bürgermeister Vehreschild (CDU), dass die Friedhofskommission wie geplant nach Karneval eingeladen wird. Der Brief der Bürgermeister und der Kämmerer an den Innenminister in 2016 ist inhaltlich nicht beantwortet worden.

Hinsichtlich der Frage zur Sanierung der Fassade und Fenster des Kopernikus-Gymnasiums erklärt Stadtkämmerer Steeg, dass die Durchführung der Maßnahme bisher im Aufwand nachzuweisen war und damit den Haushaltsausgleich erschwert hat. Das 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetz eröffnet jetzt die Möglichkeit, große Unterhaltungsmaßnahmen unter bestimmten Voraussetzungen investiv abzubilden und damit durch Kredite finanzieren zu können. Allerdings sind die Durchführungsrichtlinien zu diesem Gesetz bisher noch nicht bekannt. Diese muss zunächst abgewartet werden.

Keine weiteren Wortmeldungen, Fragen bzw. Änderungsanträge zum Haushalt und zum Stellenplan.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

X210 **Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Abstimmung über die Haushaltssatzung der Stadt Niederkassel für die Haushaltsjahre 2019/2020 unter Berücksichtigung der Änderungsbeschlüsse im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

2. Abstimmung über den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019/2020 unter Berücksichtigung der Änderungsbeschlüsse im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss vom 13.02.2019

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0



Stadt Niederkassel

3. Abstimmung über den Gesamthaushalt unter Berücksichtigung der Änderungsbeschlüsse im Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss vom 13.02.2019

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0